

Die Baugewerkschaft

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementenpreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Gesellgeld), bei Auslieferung unter Kreuzband
1,70 M.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: die viergesparte Petitzelle 40 Pf.

B r y a n
des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Redaktion:
Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnementen-Bestellungen, Anzeigen u. s. w. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 8 Uhr.

Nummer 9.

Berlin, den 28. Februar 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Zur Beachtung bei der Berufswahl. — Bauarbeiter-
schung in Bayern. — Jahresbericht des Bezirks-Pfalz,
Saargebiet und Lothringen. — Wunschkarte: Zum Verlags-
antrag für 1910. Entwicklung von Armerunterstützung auf öffent-
liche Rechte. Überwachung des Bauarbeiterisches in Baden. Gute
Besinnung statt gute Arbeit. Arbeitslosenzählung in Berlin. Ins-
teressanter. Oberschlesisches. — Wirtschaftliche Bewegung. —
Verbandsnachrichten: Unsere Winteragitation auf dem Eich-
elde. — Stöbn. Algemissen. Danzig. Hagen i. W. Stöbn.
Schneidemühl. Schwerin. — Erster Kongress der christlichen
Gewerkschaften Österreich. — Die christlichen Gewer-
kschaften sind politische Vereine. — Politisch-wirtschaftliches und
Soziales. — Soziale Wahlen. — Briefkasten. — Bekannt-
machungen. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. —
Anzeigen.

Zur Beachtung bei der Berufswahl.

Man darf wohl mit Genugtuung feststellen, daß heute
die Frage der Berufswahl seitens der direkt Beteiligten
eine höhere Aufmerksamkeit und Beachtung zugeschaut
wird, als ehedem. Nicht zum wenigsten ist das auch dem
Umsande zu danken, daß Geistliche und Lehrer, Körpo-
rationen wie die Presse in einem früher nicht bekannten
Maße sich Mühe geben, die Jugend bzw. deren Eltern
bei der Schulentscheidung über die bei der Wahl des richtigen
Lebensberufes zu beachtenden Momente aufzuklären
und die hierbei einzuschlagenden Mittel und Wege an-
zugeben.

In diesem Jahre sind es — soweit das Handwerk als
Lebensberuf in Betracht kommt — insbesondere die neuen
Bestimmungen der Gewerbeordnung über den sogenannten
kleinen Befähigungs-nachweis, die mit dem 1. Oktober
des vorigen Jahres in Kraft getreten sind, die beachtet
werden müssen. Für eine tüchtige Ausbildung eines
Lehrlings und für sein späteres Vorwärtskommen ist die
Wahl des Lehrmeisters von ausschlaggebender Bedeutung.
Deshalb hat die Gewerbeordnung neuerdings bestimmt,
daß vom 1. Oktober vergangenen Jahres ab nur derjenige
Lehrlinge soll ansetzen dürfen, der die Meisterprüfung
bestanden hat bzw. sich Meister nennen darf. Letzteres
dürfen nach den Nebengängsbestimmungen auch solche selb-
ständige Handwerker, welche allerdings keine Meister-
prüfung abgelegt haben, aber bereits vor dem 1. Oktober
das Recht der Lehrlingsausbildung besaßen und dieses sich
durch die untere Verwaltungsbehörde noch ausdrücklich be-
stätigen lassen müssten. Jedenfalls liegt es im höchsten
Interesse des künftigen Lehrlings, daß die Eltern den
jungen Mann nur einem solchen Handwerker zur Aus-
bildung übergeben, dem ausdrücklich das Recht dazu zu-
gestanden worden ist. Bei wem das im einzelnen Falle
antrifft, ist bei den Innungsmeistern leicht zu er-
fahren.

Die Eltern müssen vor allem auch darauf achten,
daß der Lehrmeister sich verpflichtet, den Lehrling zur
Fortschollschule zu schicken. Das ist besonders dort
notwendig, wo durch Ortsstatut der Besuch der Fort-
schollschule nicht obligatorisch ist. Denn der Fort-
schollschulunterricht bildet in theoretischer Hinsicht die
notwendige Ergänzung der Werkstattheorie; er bildet zu-
gleich die beste Vorbereitung für die spätere Gesellen- und
Meisterprüfung. Wo fernerhin Junglings- bzw. Lehr-
lingsvereine bestehen, sollten die Eltern Sorge tragen
durch den Meister darauf drängen, daß diesen der
junge Mann beitrete. Diese Vereine wollen vor allem
in religiös-sittlicher Richtung den jungen Mann behüten,
ihm Gelegenheit zur Ausspannung, Unterhaltung und
zuletzt auch Bildung bieten, und dadurch vor allem sorgen,
daß die freie Zeit in einwandfreier und nutzbringender
Weise verbracht wird. Endlich müssen die Eltern, denen
der Unterbringung ihres Kindes keine Hilfe zur Seite
steht, die auf sich allein angewiesen sind, darauf achten,
daß in jedem Falle ein Lehrvertrag abgeschlossen und da-
durch der Lehrling den Bestimmungen des Geiges über
das Lehrlingswesen unterstellt wird. Hier und da hat
man nämlich die Erfahrung gemacht, daß die jungen
Leute nicht als Lehrling, sondern als „jugendliche Ar-
beiter“ eingestellt werden. Der Arbeitgeber hat davon
den Vorteil, daß er nicht den auf das Lehrlingswesen be-
züglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung untersteht,
für den jungen Mann jedoch hat das den großen Nach-
teil, daß einmal seine Ausbildung eine recht fragliche ist,
und er andererseits stets „Arbeiter“ bleibt, nicht zur Ge-
sellin und noch weniger zur Meisterprüfung zugelassen
wird und entsprechend keinen Meisterstitel führen und
Lehrlinge ausbilden darf.

Es gilt also, neben Aussichten eines Berufes, den
persönlichen Verhältnissen des jungen Mannes und der
Eltern und ähnlichen Dingen noch eine Reihe sonstiger
Umstände, wie oben gezeigt, zu berücksichtigen, wenn
die Berufswahl zu einem glücklichen Ende aus-
zulagern soll.

Richte nie den Wert des Menschen
Schnell nach einer kurzen Stunde.
Oben sind bewegte Wellen,
Doch die Perle liegt am Grunde.

Bauarbeitereschutz in Bayern.

Das Staatsministerium des Innern, dem die Kirche von
oberpolizeilichen Vorschriften untersteht, hatte am Freitag, den
29. Januar, in dem Sitzungssaale eine Konferenz über die
Verbesserung der oberpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der
bei Bauten beschäftigten Personen vom 24. Juli 1904 einberufen.
An dieser Tagung waren u. a. auch Sachverständige seitens der
Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeladen. In den Verhandlungen
haben außer den beteiligten Referenten des Staatsministe-
riums des Innern teilgenommen: aus München: Bauamtmann
der Volksbauministerium F. von St. Orléans, Oberingenieur der
Volksbankkommission A. Herndl, Baukontrolleur der Volks-
bankkommission Th. Niederländner, Ingenieur des Bezirks-
amtes München Fr. a. s., Vorstandsvorsitzender der Bayerischen
Baugewerksberufsgenossenschaft Architekt Heinrich Voigt, techni-
scher Aufsichtsbeamter der Baugewerksberufsgenossenschaft Joseph
Pagi, die Maurer Hans Brückner, Andreas Kröp-
hamer und Ludwig Haas und der Bauspengler Friedrich
Schreiber; aus Nürnberg: der städtische Oberbaurat Karl
Weber, Baumeister Friedrich Bagelmeier und Ma-
gistratsrat Maurice Zoh. Mettel.

Der Staatsminister des Innern v. Treitschke eröffnete die
Versammlung. Derselbe bemerkte einleitend, bei der heutigen
Besprechung sei zu erwägen, inwieweit ein weiterer Ausbau der
bestehenden Vorschriften notwendig und praktisch durchführbar sei.

Seit dem Erlass der Vorschriften vom 24. Juli 1904 sind
hierzu Anregungen und Blasphemie auf Wänderung derselben
seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an das Staatsministe-
rium des Innern eingegangen. Dieselben wurden im einzelnen bekanntgegeben, wobei die Meinungsäußerung der Ver-
sammlungsteilnehmer veranlaßt wurde.

Den Schwerpunkt der Verhandlung bildete die Frage, in-
wieweit bei oberpolizeilichen Vorschriften, die für das ganze
Land gültig sind, Detailbestimmungen, namentlich Maßangaben,
aufgenommen werden können. Hierbei gingen die Meinungen
der Versammlungsteilnehmer auseinander. Während die Ver-
treter der Arbeitgeber und der städtische Oberbaurat Weber
Nürnberg besonders gegen Maßangaben opponierten, waren die
Vertreter der Arbeitnehmer und die Vertreter der Volksbaumin-
isterium München für Angabe von Mindestmaßen bei verschie-
denen Einzelbestimmungen, wie Stärke der Gerüscheläge, der
Riegel, Mindestbreite der Gerüste usw.

Die Einzelberatungen erstreckten sich insbesondere auf die
Aufstellung und Beschaffenheit der Gerüste, Hängegerüste und
Leitern, auf das Überhandmachen, die Sicherheitsmaßnahmen
bei Dacharbeiten, die Sicherung von Maschinen, Abdichtung von
Dessingen, Vorsichtsmaßregeln beim Einsteigen in Schächte,
auf Holz- und Kohlenfeuerungen, die Beschaffenheit und Aus-
gestaltung von Unterkunftsräumen und Aborten, auf die Bestim-
mungen des verantwortlichen Bauleiters, auf die Vollzugsberechte
der baupolizeilichen Organe usw. Die Einrichtung und Durch-
führung der Baukontrolle bei den Privat- und Staatsbauten
wurde ebenfalls erörtert. Im Grundsatz, daß die derzeitige
Baukontrolle besonders in den Provinzstädten und auf dem
flachen Lande eine ungünstige ist, waren sich ausnahmsweise
alle Versammlungsteilnehmer ziemlich einig, aber über die
Kompetenz, wer die Baukontrolle, ob Kontrolleure aus dem
Arbeiterstande oder technisch gebildete Beamte, ausüben soll,
gingen die Ansichten auseinander. Ministerialrat Röhr gab
zum Schluss u. a. bekannt, daß die Staatsbauverwaltung an
ihre Ausführungsbehörden Anweisung erlassen hat, daß Wer-
ke nicht verwendet werden dürfen, und daß in nächster
Zeit eine weitere Konferenz wegen der Liebhauvorschriften in
Kürze genommen ist.

Die Staatsregierung hat die Anregungen und gutachtl. Neuerungen entgegengenommen und wird nun zu prüfen haben,
inwiefern die bestehenden Vorschriften abänderungsbedürftig sind.
Hoffentlich wird sich die Staatsregierung bei der Bearbeitung der
in dieser Konferenz erarbeiteten Gutachten nicht allzu stark von
denen der Arbeitgebervertreter beeinflussen lassen, denn dieselben
lauteten im allgemeinen: die bestehenden Vorschriften genügen
vollauf, ja, sie sind schon zu streng, da und dort ist Milderung
wünschenswert. Hier muß nach dem Grundsatz gehandelt werden:
Den Bauarbeiter, die Leben und Gesundheit rücksichtigen müssen, denen die bestmögliche Hilfe.

Jahresbericht des Bezirks Pfalz, Saargebiet und Lothringen.

Das Jahr 1908 kann für die Organisation im hiesigen Be-
zirk ein befriedigendes genannt werden. Die Konfektion war
allgemein schlecht. Auch auf dem Lande konnte von einer regen
Bautätigkeit keine Rede sein. So wurden z. B. im laufenden Jahre
für den ländlichen Teil des Saarbezirks nur 24 Kon-
zessionen für den Bau- und Erweiterungsbau erteilt, während
sie in früheren Jahren die Zahl der Konzessionen auf 70—80
belief. Die S. 1908, einen großen Mitgliederzuwachs zu
verzeichnen, hat sich nicht erfüllt. Innerhalb ist aber ein ex-
tremer Fortschritt zu verzeichnen. Die Mitglieder-
zahl ist von 1234 auf 1629 gestiegen. Zu dieser
Steigerung trugen hauptsächlich die Gipser und Stukkateure
des Saarreviers bei. Diese Kollegen gehörten bis zum Frühjahr
des verlorenen Jahres einer Organisation an, die den Titel
„Verband der Gipser im Saarrevier“ führte und sich auf
die Kreise Saarbrücken, Saarlouis, Merzig und Saarburg er-
streckte. Am 1. März löste sich die Vereinigung auf und schloss
sich unserem Verband an. Ferner waren noch an der Mitglieder-
zunahme beteiligt die Steinarbeiter des Kreises Saarburg in
Völklingen, die seit 1. Januar laut Besluß der Frankfurter
Konferenz dem Keramikarbeiterverband zugetetzt wurden.

Reugegründet wurden 19 Zahlstellen und zwar in den
Orten: Büren, Kehlungen, Gisingen, Elmendorf, Grenzendorf,
Groß-Hennersdorf, Icheln, Horbach, Hörringen, Sohren, Klein-
Steinhausen, Spichern, Dreisbach, Garburg, Lützenhausen, Heim-
richsdorf, St. Louis, Hammartin und Dammelburg.

Eingegangen sind 5 Zahlstellen. Grund der Fahnenflucht
war in einem Orte der „hohe“ Beitrag von 35 Pf. In anderen
Orten sollte absolut gestrichen werden, obwohl die Kollegen erst
kurze Zeit dem Verband angehören. Eine Zahlstelle ging durch
die Unmöglichkeit der Mitglieder verloren, während in einer an-
deren der Stumpfstein die Ursache war.

Nach Abgang der Steinarbeiter blieben nur noch 26 Zahl-
stellen bestehen, die sich auf 3 Verwaltungsstellen: St. Johann-
Saarbrücken, Konz und Trier verteilen. In einer Reihe von
Orten besteht nur ein Vertrauensmann. Insgesamt ist unser
Verband im Bezirk in 87 Orten vertreten. Diesen äußerst
fortschritten könnte der innere Ausbau des Verbandes nicht in
dem notwendigen Maße folgen. Trotzdem kann gesagt werden,
daß zwei Drittel der Mitglieder der Organisationsgedanken tiefer
erfaßt haben. Besonders in der letzten Zeit konnte diese Beob-
achtung gemacht werden. Ein Zeichen ist noch, daß aus eigenem
Entsatz noch zu wenig getan wird. Die Versammlungen werden
meistens schlecht oder gar nicht vorbereitet und auch nicht ge-
nugend bekanntgegeben. Eine Ausnahme hiervon machen die
Völklinger Kollegen und die Gipser des Saargebiets. Die
Oberwilligkeit in materieller und ideeller Beziehung ist gegen
das Vorjahr gestiegen. Es läßt sich bei der Jugend der Organi-
sation und den eigenartigen Verhältnissen des Bezirks erklären,
wenn es mit der Weiterbildung und Schulung der Mitglieder
nur sehr langsam vorwärts geht. Die Mehrzahl wohnt in länd-
lichen Orten, wo ihnen wenig Gelegenheit zu geistiger Betätigung
geboten wird. Versammlungen, die stattfinden, werden schlecht
besucht, selbst in den Orten, wo die Kollegen beschäftigt sind und
Zahlstellen bestehen. Meistens wird darauf bestanden, daß die
Versammlungen nur Sonntags und zwar im Heimatort statt-
finden, der oft bis zu 5 Stunden von der Bahnhofstation entfernt
liegt. Hier muß eine Rendierung eintreten. Auch ist es Pflicht
der Mitglieder, sich überall dort anzumelden und die Versammlun-
gen zu besuchen, wo eine Zahlstelle besteht.

Was die Geschäfts- und Kassenführung anbetrifft, so ist
dieselbe allgemein eine gute zu nennen, was hauptsächlich darauf
zurückzuführen ist, daß Vorsassen in den Zahlstellen nicht mehr
bestehen. Die Beitragsleistung ist, von Trier abgesehen, be-
festigend. In einigen Zahlstellen wird noch nicht der statuten-
mäßige Beitrag erhoben; damit dürfte es in diesem Jahre auch
besser werden.

Lohnbewegungen wurden im Berichtsjahr in 7 Orten ge-
führt. Im Saargebiet erfolgte am 1. März die Aussperrung der
Gipser und Stukkateure. Die Aussperrung wurde deshalb vor-
genommen, weil die Gipser sich weigerten, einen Tarif mit
den Unternehmern abzuschließen, wonach eine Lohnreduzierung
von 70 auf 62 Pf. also 8 Pf. weniger pro Stunde sowie Ver-
schlechterung der Arbeitshälfte eintreten sollte.

Nachdem die Aussperrung ungefähr 4 Wochen gedauert,
waren die Pläne der Unternehmer gescheitert. Es kam ein Tarif-
vertrag zustande, in welchem neben der Beibehaltung der bis-
herigen Lohnsätze noch eine Reihe von sonstigen Verbesserungen
erzielt wurde. In Dillingen (Saar) versuchte der Unternehmer
mittels der Arbeitsbedingungen einzeitig zu diffizieren durch Heraus-
gabe einer Arbeitsordnung, in welcher sich zwei Bestimmungen be-
fanden, die verdienten, erwähnt zu werden. Es hieß da
im § 5:

„Die Löhne werden jeweils besonders festgesetzt nach
Maßstab der Arbeitsleistung und der anderweitig ortsüblichen
Löhne.“

Der § 9 lautete:

„Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, vor Ernennung einer
richterlichen Entscheidung über Forderungen und Streitig-
keiten, welche aus dem Arbeitsverhältnis resultieren, einen
Sühnetermin vor dem Arbeitgeber persönlich zu beantragen.
Neben dem Misserfolg dieses Termines wird dem Arbeit-
nehmer eine Entschädigung erteilt, ohne welche der Klage-
weg nicht beschritten werden soll.“ (Gott saarabisch)

Hier wurde erreicht, daß diese Arbeitsbedingun-
gen wieder beseitigt und der für die drei Saarstädte
befindende Tarifvertrag zur Einführung gelangte. In Kaisers-
lautern kam es zum Streit. Die Unternehmer erklärten, sie
würden keinen Vertrag wieder abschließen, außerdem wollten sie
eine Lohnreduzierung von 3 Pf. pro Stunde vornehmen. Nach
längwährenden Kampfes endete die Bewegung mit einer Nieder-
lage der Unternehmer. In Esthal sollte für die Steinarbeiter
ein Tarif abgeschlossen werden. Der Unternehmer Vatter aus

Mannheim ging dazu über, mitschärfst Italiener heranzuziehen, die am dem Bahnbau Sattelmühle-Elmstein beschäftigt wurden. Da einige unserer Mitglieder selbst aufhörten, andere entlassen wurden und der größte Teil der Beschäftigten unorganisiert war, konnte an eine erfolgreiche Durchführung der Forderungen nicht gedacht werden.

In Trier und Neuburg wurden die Lohnbewegungen auf friedlichen Wege beendet. Die Trierer Stuckateur- und Dachdeckermeister erklärten sich ausänglich dahin, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur mit den Trierer Geffesen allein zu regeln. Nachher waren sie jedoch damit einverstanden, daß der Sekretär des Verbandes an den Verhandlungen teilnahm. Die Stuckateurmeister ersuchten sogar denselben, den Vorstand bei den Verhandlungen zu übernehmen, was dieser auch bereitwilligst annahm. Diese beiden Bewegungen in Trier wurden von unserer Organisation allein geführt. Im Pirmasens fanden Verhandlungen mit den Gipsermeistern statt, wobei sich herausstellte, daß die dortigen Geffesen mit den Unternehmern eine Sitzung abgehalten und dort im Interesse der Meister erklärt hatten, daß sie auf die ihnen laut Vertrag zustehende Lohnhöhung von 3 Pf. pro Stunde verzichteten.

Bemerkenswert ist hierbei noch, daß einem Mitgliede unseres Verbandes seit Monaten stets entgegengehalten worden war, nur er sei daran schuld, daß die Lohnhöhung nicht eingekommen sei.

Der Pirmasenser Vertrag war im Jahre 1906 vom sozialdemokratischen Verband abgeschlossen worden. Fest nach Ablauf wollten die Unternehmern eine Lohnreduzierung von insgesamt 8, 10 und 12 Pf. pro Stunde vornehmen, nebst Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung der Altkorbarkeit und sonstigen Verschlechterungen. Da wir nun gegen jede Verschlechterung uns aussprachen, glaubte der Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes, Gepposse Oberwein, ohne uns mit den Unternehmern besser fertig zu werden. Man schaltete uns bei den nächsten Verhandlungen einfach aus, und die Geffesen brachten allein einen Tarif auslands, wonach folgende „Verbesserung“ eintritt:

1. Lohnreduzierung von 5 und 7 Pf. in den 3 Klassen;
2. Einführung der Altkorbarkeit;
3. Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 10 Stunden;
4. Einführung sonstiger Verschlechterungen.

Was unsererseits bei den geführten Lohnbewegungen erreicht wurde, darüber gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

| Dt. | Lohn- erhöhung pro St. Pfg. | Arbeits- zeitver- kürzung | Zahl der beteiligten Mit- glieder |
|------------------------|--------------------------------------|---------------------------------|--|
| 1. Trier (Stuckateure) | 5-14 | - | 38 |
| 2. Kaiserslautern | 7 | - | 40 |
| 3. Trier (Dachdecker) | 7 | 1 | 22 |
| 4. Neuburg | 1 | - | 16 |

Die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter ist im allgemeinen eine besonders günstige nicht zu nennen. Neben den hohen Lebensmittelpreisen auf dem Lande sowohl wie in den Städten, lassen auch die Wohnungsverhältnisse noch viel zu wünschen übrig. Der Grund- und Bodenspekulation sind hier noch keine Schranken gezogen, daher auch die fortgesetzte Steigerung der Mietpreise. In den ländlichen Orten sind die Wohnungsverhältnisse besser. Man sieht den Wohnungen schon von außen an, daß auch im Innern die Meinlichkeit vorherrscht. Sehr stark verbreitet ist bedauerlicherweise der übermäßige Alkoholgenuss, und zwar im Saargebiet mehr wie in der Pfalz. An der französischen Grenze wird meistens Schnaps getrunken. Die Unsauberkeit ist dort sprichwörtlich geworden. In Neuburg stehen die Häuser ausen wie innen vor Schmutz. Die dortige Bevölkerung scheint sich überhaupt im Zustande der Entartung zu befinden.

Da in den meist ländlichen Gegenden wenig oder gar keine Arbeitgelegenheit vorhanden ist, sind die Kollegen gezwungen, in den Städten zu arbeiten. Bei einer Entfernung bis zu zwei Stunden kommen sie morgens an ihre Arbeitsstätte und gehen dann abends zu Fuß wieder zurück. Die meisten Kollegen jähren der Wahr jede Woche Montags zu ihrer Arbeitsstätte hin und kommen wieder nach Hause. Durch diese Trennung von der Familie haben sie doppelte Haushaltungskosten zu tragen. Diese eigenartigen Verhältnisse zwingen dazu, Verhandlungen nur Sonntags abzuhalten. Es läßt sich verstehen, daß es infolgedessen mit der geistigen Weiterbildung nur sehr langsam vorwärts geht. Reibnerische Kräfte sind wenig vorhanden. In solchen Dörfern, wo im Laufe des Sommers an den Wochenenden Verhandlungen abgehalten werden, erscheinen die dort arbeitenden Kollegen nicht zu denjenigen, weil sie ja ihre Arbeitsstätte zu Hause haben. In diesem Jahre muß das anders werden. Wo Bokhöfen unseres Verbandes bestehen, hat jeder die Pflicht, sich dort anzumelden, und wo das nicht der Fall ist, wenigstens die stattfindenden Verhandlungen zu besuchen. In letzter Zeit scheint eine Wendung zum Besseren einzutreten.

Die Teilnahme an den sozialen Wahlen war sehr zegend bei der Gewerbegebietswahl in Trier die Fachabteilungen unter Auseinandersetzung der schwierigsten Mittel siegten, gelang es in St. Ingbert bei der Kreislandtagswahl den Sieg an unsere Fahne zu holen. Die Vertreterwahl zur Kreislandtagsklasse wurde hier zum erstenmal vorgenommen. Auf unserer Antritt hin, erfolgte die Umwandlung der Gemeindekantonsklasse in eine Kreislandtagsklasse. Eine eigenartige Haltung nahm der Bürgermeister von St. Ingbert in dieser Sache ein, indem er zu verschiedenen Unternehmern ging und sie zur Gründung von Betriebskantonskassen veranlaßte. Dem ist natürlich auch Folge geleistet worden. Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob die Kasse lebensfähig wird. Bei den Bokhöfen scheint überhaupt noch sehr wenig soziales Verständnis vorhanden zu sein. Dies zeigte sich auch in Böhligen, wo seitens der christlichen Gewerkepartei die Errichtung eines Gewerbegebiets gefordert wurde. Hier erklärte man einfach, daß kein Bedürfnis dafür vorhanden sei, obwohl auf der dortigen Höhe allein ca. 6000 Arbeiter beschäftigt sind. Da im Bezirk nur in wenigen Städten Gewerbegebiets vorhanden sind, so ist es zu versteuen, daß besonders im Kreise Saarlouis von den Unternehmern würdig Erhöhungen und Entlastungen ohne Künftigung vorgenommen werden, weil sie überzeugt sind, daß Kungen am Antrittsgericht nicht anfangig gemacht werden.

Die Bekämpfung der Mitglieder in konkurrierenden Vereinen läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. Nur einzelne Orte sind es, wo solche bestehen und auch eifriges Leben vorhanden ist. Bekämpft werden immer noch alle möglichen Einflüsse, wenn auch das Verbleiben in demselben schwerere Schädigungen in körperlicher, geistiger und materieller Beziehung mit sich bringt. Hoffnung wird es auch nach dieser Richtung bald besser werden.

Unter die in den letzten Jahren erfolgte Erklärung der Arbeitgeberorganisationen haben sich die Arbeitgeber des Baugewerbes genötigt gesehen, mehr denn je für eine Sicherung ihrer Position Sorge zu tragen. Mit Ausnahme des unteren Baugewerbes sind jetzt die Unternehmer fast sämtlich organisiert.

Wir haben hier zu rechnen mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und die verwandten Betriebe im Saargebiet, für Saarbrücken, Bremische Arbeitgeber der Gipser, Bergarbeiter u. Stoff im Saargebiet, Arbeitgeber für das Bergbau- und Eisenwerk in Saarbrücken, Freie Innung der Kämmer- u. Steinzeugmeister im Saarlandkreis, Arbeitgeber Ortsverband für das Baugewerbe und Dienstlicher Baugewerbe für das Saarland, Landesverband Saar-Württemberg. Mit Ausnahme eines Betriebes stehen sämtliche Organisationen mit dem Deutschen Arbeitgeberverband in Berlin in einem Verbundverhältnis. Bei

den zwei erstgenannten Verbänden macht sich der Scharfmacherstandpunkt besonders bemerkbar. Wahrscheinlich ist das auf die gute Freundschaft mit den Herren Schniedehaus und Kitz in Essen zurückzuführen. Sehr anzuerkennen war das Verhalten der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Saarbrücken in einer Schlüsselstellung. Der Beamte dieses Verbandes wollte die Arbeitgeber verstellen, einer längeren Arbeitszeit, als im Vertrage vorgesehen war, zu stimmen. Die Arbeitgeber stellten sich jedoch mit einsdringlich auf den Boden des Vertrages. Die Haltung der Behörden gegenüber der Organisation ist eine bessere geworden. Heute werden uns keine Befreiungen mehr abgetrieben, wie das früher der Fall war. Eine Eingabe an den Minister von Frauenborner in München um Bevorzugung der einheimischen pfälz. Arbeiter bei der Einstellung an staatlichen Bauten hat eine gute Wirkung gehabt. An einer weiteren Eingabe zwecks Errichtung von drei Gewerbeberichten in Diebenhofen, Saargemünd und Saarburg hat sich auch unser Verband beteiligt.

In gegnerischer Organisation sind die Fachabteilungen und die sozialdemokratischen Verbände vorhanden. Die Fachabteilungen haben mit Ausnahme von Trier, wo sie knapp durch Zusammengebracht haben, unter den baugewerblichen Arbeitern keinen festen Fuß fassen können. In welcher Weise von diesen Elementen gearbeitet wurde, um ein Eindringen unserer Organisation zu verhindern, konnte man sehen, als wir zu Anfang des Jahres 1908 im Kreise Saarlouis eintraten. Die dort erscheinenden Zeitungen waren in einem Artikel mit der Überschrift „Die roten Bauernfänger“ vor den „roten Geffesen im Schafspelz“. Kein Bauer oder Gipser sollte dieser christlich-nationalen Gewerkschaft, die auf sozialistischer Grundlage aufgebaut sei, — betreten.

Die Agitationsschule hat aber nicht verhindern können, daß wir heute fast in allen Orten dieses Kreises festen Fuß gesetzt haben. Das Gute bricht sich Bahn.

Mit Genugtuung können wir daher auf das verschossene, arbeitsreiche Jahr zurückblicken. Auf einer Reihe von Gebieten wurden schöne Erfolge erzielt. Allen, die hierbei mitgewirkt haben, sei auch an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen. Trotz der heftigen Bekämpfung hat sich der Generalverband griech. Bauhandwerker eine achtungswürdige Stellung errungen. Mit noch größerem Eifer als bisher muß deshalb weiter gearbeitet werden. Hohe Au-aben und Zielen sind es, die wir zu erzielen trachten. Der Kleinarbeit muss mehr Beachtung geschenkt werden als bisher. Es würde verfehlt sein, wenn wir alles Heil von großen Versammlungen erhofften, wie das manchmal die Ansicht der Mitglieder ist. Die Agitation von Mund zu Mund ist die Hauptfahrt. Jeder muß die ihm verliehenen Anlagen und Kräfte in der unentzüglichsten Weise in den Dienst der Organisation stellen, damit auch aus unserem Bezirk eine Domäne der christlichen Gewerkschaftsbewegung entsteht.

Ernst Weltum, Bezirksleiter,
Mallstatt-Saarbrücken, St.-Johanner Str. 37.

Rundschau.

Zum Vertragsabschluß für 1910 machte der Vorsitzende des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, Herr Lüscher, am 11. Februar auf der Generalsammlung genannten Verbandes in Homburg v. d. H. die Mitteilung, daß zur Bearbeitung dieser Materie im Deutschen Arbeitgeberbund eine Kommission von 13 Mitgliedern, der er auch angehört, gewählt worden sei, auch bereits eine Sitzung stattgefunden habe, aber eine Aussprache darüber noch nicht geführt werden könne. Nur das Wonne er sagen, daß an den Leinwand in Köln gesetzten Beschlüssen betreffend

1. 10 stündige Arbeitszeit,
2. Abhöchleben aller Verträge über kein Vertrag, und

3. Ablauf aller Verträge an einem Tage, unbefristet gehalten werde."

Damit wird die nächstjährige Lohnbewegung in den Mittelpunkt der Erörterung gestellt. Der Eifer der Unternehmer dürfte unseren Mitgliedern vorbildlich sein.

Einführung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte. Der Reichstag beschloß sich in den letzten Tagen in dritter Lesung mit vorstehender Materie, um deren vielfach arg drückende Bestimmungen zu erleichtern. Die Vorschläge der Kommission, die den Gesetzentwurf bearbeitete, fanden Annahme. Hierdurch gestaltet sich das Verhältnis in Zukunft folgendermaßen: So weit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, sind als Armenunterstützung nicht anzusehen: 1. die Krankenunterstützung; 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gedrehs gewährte Instaltspslege; 3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf; 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie mit in der Form vereinzelte Leistungen zur Erhaltung einer angemessenen Notlage gewährt sind; 5. Unterstützungen, die erfordert sind.

Überwachung des Bauarbeitervertrages in Baden. Der badische Minister Th. von Bodmann hat, wie wir der „Köln. Zeitung“ entnehmen, in einem Rundschreiben an die unteren Verwaltungsbahnen angeregt, den bei größeren Bauten beschäftigten Arbeitern Gelegenheit zu geben, aus ihrer Mitte einen Beauftragtenmann zu wählen und dem Aufsichtsbeamten nahest zu machen. Dieser Arbeiter hätte allerdings nicht das Recht zu selbständigen Anordnungen oder zum Eingreifen in die Tätigkeit des verantwortlichen Bauleiters; seine Aufgabe besteht vielmehr darin, die Tätigkeit des Bauaufsichtsbeamten zu unterstützen und in der Zeit, wo keine Beleidigungen stattfinden, der Einhaltung der Schutzvorschriften seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Für den Fall, daß solch ein Beauftragter nicht von den Arbeitern selbst ausgestellt wird, könnte der Aufsichtsbeamte in den dazu geeigneten Fällen sich bei den Beleidigungen durch Befragung eines oder andern erfahrenen Arbeiters über die Auffassungen der Arbeiter von der Durchführung des Bauarbeitervertrages unterrichten. — In Mannheim und Heidelberg soll der Beruf, technisch gebildeten Beamten Bauarbeiter zur Unterstützung beizugeben, von Erfolg begleitet gewesen sein. Uns ist bis jetzt nichts davon bekannt geworden. Der Anregung der Regierung ist wohl kaum eine größere Bedeutung beizumessen.

Gute Gesinnung statt gute Arbeit verlangt die Regierung bei den Staatsbauten. Diese Entdeckung hat der „Vorwärts“ gemacht, und wichtig, wie er nun zu tun gewohnt ist, teilt er der gläubig anhörenden „Genossenschaft“ mit:

Auf Helgoland werden jetzt Regierungsbeamten ausgeführt. Den Konturen und Rändern verspricht man auf 6-8 Jahre Arbeit für Sommer und Winter zu einem Stundentaglohn von 10 Pf. und 80 Pf. für Nebentümber bei neunstündigem Arbeitszeit. Um „gefühlsmäßige“ Leute zu bekommen, werden man sich in alter Heimlichkeit an die christlichen Gewerkschaften und evangelischen Arbeitervereine. Wer also ein tüchtiger Arbeiter in seinem Fach ist, ist deswegen noch kein kompetenter Mensch für Regierungsbeamten. Und wer eine unbediente Gesinnung hat, dessen Arbeit ist unbedeckt gut genug für die Regierung. Den tüchtigen, aber gesinnungsverbürgten Arbeitern aber bleibt es vorbehalten, durch ihre

Steuerabgaben das Geld mit auszubringen, von dem man dann durch Auswahl der Mitarbeiter nach der Gesinnung sie nach der Qualifikation eurigenen ersehen läßt. Warum darf nicht? Das ganze Staatsgebäude ist nach diesem System aufgebaut."

Ohne Zweifel handelt es sich hier, wie auch anderwärts weiß, um einen sozialdemokratischen Schwund. Aus jeder Zeile steht man ihm „in alter Heimlichkeit“ hervorzuheben. Und ist von der Sache nur soviel bekannt, daß über die „Büren aus Bodesberg, die auf Helgoland Arbeiten ausführen, von allen beteiligten Organisationsen, mithin auch von uns, in Sperre verhängt worden ist. Also das genaue Gegenteil von dem, was das Hauptorgan der Sozialdemokratie schreibt.

Das genaueste Organ dem Gegner gegenüber derartiges schreibt wagt, darauf steckt sich eine gute Satire schreibend. Warum sogenannt die „ebeln Seide“ aus der „Vorwärts“ Redaktion? Ihnen mangelt eben die „gute Gesinnung“ nahe sozialdemokratischer Regierungseinheit, und darum mußten den Platz räumen, trotz allgemein anerkannter Tüchtigkeit. „Streitbrecher“ mit der „guten Gesinnung“ zogen ein, ob nicht zum Besten des Blattes. Schon oft wurde aus sozialdemokratischen Reihen bestätigt, daß der „Vorwärts“ nach dem gewaltigen Wechsel in der Redaktion in seinem Wert aufgegangen sei. Die „Frankfurter Volksstimme“ ließ ihn kurzlich zum „Wachweis“ avancieren". Schad nicht, aber die Gesinnung ist gut. Mindestens ein Beweis dafür, daß nicht notwendig mit sozialdemokratischer Gesinnung auch eine gute Leistung verbunden zu sein braucht. Sogar Selbstüberhebung reicht sich von selbst.

Arbeitslosenzählung in Berlin. Zum zweiten mal wurde in diesem Winter eine Arbeitslosenzählung in Berlin vorgenommen, und zwar gleich doppelt. Nachdem die Sozialdemokratie sich mit der städtischen Behörde nicht über die Art der Zählung einigen konnte, nahm sie diese auf eigene Faust vor, vermittelte der Hanszählering, die sich auf Berlin und 45 Vororte erstreckt. Der Magistrat der Stadt Berlin errichtete wiederum Meldestellen und zwar für Berlin und 22 Vororte. Die Sozialdemokratie zählten 101 300 Arbeitslose, der Magistrat nur 23 676. Welche Zahl ist nun richtig? Ohne Zweifel hat die Zählung durch die Trennung an Wert verloren, und nehmen manche die Mitte der Zahlen an. Wir halten die erste Zahl für richtig, es liegt wenigstens kein Grund zur Unglaublichkeit vor. Das Hauszählungssystem ist viel intensiver, auf jedem kommt es an. Betracht, daß die Sozialdemokratie ihre Zählung zwei Tage früher vornahm, und so der anderen Zählung den Ernst raubte. Und die meisten blieben ihr fern. Bedauerlich bleibt die Trennung immerhin, da die an einer möglichst niedrigen Ziffer der Arbeitslosigkeit Interessierten das Resultat der Stadt für sich in Anspruch nehmen und verwerten. Deutlich geht aus diesen Zählungen die Unzumutbarkeit von Not und Elend in vielen Tausenden von Arbeitersfamilien hervor. Interessieren dürfte, daß die freiliegende Stadtverwaltung bei der ersten Zählung zu Anfang des Winters die christlichen Gewerkschaften nicht zu finden wußte. Als nun die Sozialdemokratie ihre Machtwirkung ablehnte, änderte sich das auf einmal. Woran das nur liegen mag?

Ins Fettäpfchen haben wir dem „Grundstein“ getreten. Er zeigt sich sehr betreten über das Flugblatt, daß wir im Frühjahr 1908 zur Agitation herausgegeben haben, daß ihm „jetzt schon“ ein Jugendver zugefügt hat. In einer Abhandlung von „Entzündung“ nennt er das Flugblatt mit dem „großen Messer“ aufgeschnitten und bringt dann auch „Weise“ dafür herbei. Wenn nun aber der „Grundstein“ vielleicht meint, wir würden der Statistik des sozialdemokratischen Männerverbandes aus dem Jahre 1900, wonach damals nur noch in 11 Orten in Deutschland eine längere wie 11stündige Arbeitszeit bestanden haben soll, Glauben schenken, dann irrt er. Daran glaubt ja kein Guttmacher, und mit solchen Bahnen sollte man lieber schwören, da man sonst dem Teufel der Lächerlichkeit verfällt. Tatjache ist, daß in 1900 nur in wenigen Städten eine wirklich geregelte Arbeitszeit bestand, und daß dieselbe zu einem beträchtlichen Teil länger als 11 Stunden war. Wir erinnern nur an das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Das übrige Geschäftsbüro des „Grundstein“ alteriert uns nicht. „Er tut man so.“ Eingangs seiner „Moralpause“ kommt ihm auf seine ganze Wichtigkeit zu. Gern, die dahin ausklingt, er hätte uns nichts zu sagen. Das meinen wir auch.

Oberschlesisches. Wir berichteten kürzlich über die Maßregelung von technischen Grubenbeamten auf den Giesches Gruben in Oberschlesien, und über die Mülltätsigkeit mit der gleichen vorgenommen wurden. Die „Neisse Zeitung“ veröffentlichte nun in Nr. 34 vom 12. Februar eine Unterredung mit dem Direktor genannter Gruben, Herrn Uthemann, die die dem Bund technisch industrieller Beamten angehörigen Angestellten auf eine Eingabe hin mit diesem hatten, und die sich wie folgt abwickelte:

„In der Einleitung betonte Herr Geheimrat Uthemann zunächst, daß er sich wohl bewußt sei, den Stamm seiner besten und tüchtigsten Beamten vor sich zu haben. Er erklärte dann, daß Uthemann nicht wegen seiner Zugehörigkeit zum B. techn.-ind. Verband entlassen sei, sondern weil er in einer öffentlichen Versammlung des Bundes gegen eine von ihm veranlaßte Entschließung der Bergbauskasse auf Erweiterung der Cottowitzer Bergschule polemisierte habe. (Herr Uthemann war gar nicht bekannt, daß Herr Geheimrat U. diese Entschließung veranlaßt hatte.) Er habe vom Bunde bisher nichts gewußt und sich nie mit ihm vertrübt. Nachdem aber der Bunde in der Dresdner Schleife Giesches Erben in einer den Stoff der Gewerkschaft schädigenden Weise angegriffen habe, bestreite Krieg zwischen dem Bunde und Giesches Erben. Die Beamten müßten sich jetzt für einen entscheiden. Herr Geheimrat U. wandte sich zunächst an den Dienststiftenden Beamten mit der Frage, wie er sich stelle. Der Herr erklärte, daß er nach wie vor seine ganze Kraft der Firma widmen werde, sich aber sein Koalitionsrecht und seine persönliche Freiheit nicht nehmen lassen könne. Geheimrat Uthemann: „Ich war, Koalitionsrecht und persönliche Freiheit sind Phrasen! Was bietet Ihnen der Bunde? Das Vermögen des Bundes beträgt höchstens ein Prozent von dem Vermögen von Giesches Erben. Was liegt Ihnen näher, die Interessen der Gewerkschaft, in deren Dienst Sie stehen oder die Interessen des Bundes, der gegen die Gewerkschaft kämpft?“ — Ingenieur E.: „Ich habe stets im Interesse von Giesches Erben gearbeitet und werde dies wieder in den acht Jahren auch in Zukunft tun; aber ich lasse mir meine persönliche Freiheit nicht nehmen.“ — Uthemann: „Ich war, Freiheit! hier Bunde oder Gewerkschaft.“ — Ingenieur E.: „Ich bleibe beim Bunde!“ — Uthemann: „Dann sind Sie entlassen! Verlassen Sie sofort den Grubenhof.“

Dann ließ Herr Geheimrat Uthemann eine längere Pause eintragen, nach Ansicht aller Anwesenden, um diese Entlassung einmal wirken zu lassen; dann fuhr er fort: „Nun wollen wir uns einmal gemütlich unterhalten.“ Er bemühte sich dann die Sache nochmals den Herren im Sinne seiner ersten Ausschreitungen klarzulegen. Auf seine Frage, wer nun sprechen wollte, meldete sich ein Diplom-Ingenieur, der aber

im Städtepunkt des Herrn Z.¹ — Uthemann: „Dann sind Sie entlassen!“ — Dann wandte sich Herr Geheimrat Uthemann an weiteres Mitglied: „Ach, Herr Z., Sie sind hier ausgebildet; Ihr Vater ist jetzt schon 36 Jahre in unseren Diensten. Sie werden doch bleiben, wo Ihr Vater ist!“ — Steiger Z.: „Ich bleibe im Bunde.“ — Uthemann: „Sie sind sofort entlassen!“ — einer der nächsten Herren meinte: „Ja, Herr Geheimrat, wenn Sie jetzt wirklich bei der Gewerkschaft bleiben, über kurz oder lang fliegen wir dann doch raus!“ — Uthemann: „Stein, Uthemann! Zeuge wird schauder die Hand über Sie halten.“ — Die nächsten Herren, die ebenfalls erklärten, beim Bunde zu bleiben, wurden ebenfalls entlassen. — Sie sich Herr Uthemann an den folgenden Herrn wandte, sagte er zum Bergmeister: „Das ist wohl einer Ihrer tüchtigsten Steiger; den möchte Sie gern behalten!“ Dann zu dem Steiger gewandt: „Kum, Herr B., wie stellen Sie sich?“ — Steiger B.: „Ich würde mir, wie bisher, meine ganze Kraft der Hebe widmen, aber —“ — Uthemann: „Lassen Sie das aber!“ — Steiger B.: „Über ich bleibe dem Bunde treu!“ — Uthemann: „Sie sind entlassen! (Zum nachstehend:) Es wird Ihnen ordnungsgemäß erläutert.“

Es wurden im ganzen in dieser Unterredung 11 Herren geahrgelt: 6 wurden sofort entlassen, 6 Herren wurden genehmigt.

Das sind überschleifische Verhältnisse. Und wenn man so schon mit den Beamtenten verkehrt, wie mag es dann erst mit den Arbeitern zugehen?

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: die Firma Jeunissen in Beurath b. Düsseldorf, die Firma Evers in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages, Hannover (Stukturateure), Ludwigshafen (Bismarck). Zugang ist fernzuhalten.

Berirk Hannover.

Hannover. Wie bereits mitgeteilt, befinden sich die hiesigen Stukturateure seit dem 11. Januar in der Ausperrung und ist das Ende des Kampfes noch nicht zu erkennen. Bereits sechs Wochen markiert die Aussperrung. Die angebahnten Verhandlungen scheiterten an dem Starrsinn der Unternehmer, welche darauf bestanden, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verlängern. Diese Bedingung ist jedoch für uns unannehmbar. In den 17. Februar 1909 gut besuchten öffentlichen Büzner- und Kartellkuratorversammlung wurde das Verhalten der Unternehmer scharf kritisiert unterzogen, und sämtliche Büzner beider Organisationen sprachen sich dahin aus, die Stukturateure in dem nun aufgedrungenen Kampfe in jeder Beziehung zu unterstützen und wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: „Die hente am 17. Februar im Saale des Balhofes tagende öffentliche Versammlung der Stukturateure sowie der Büzner beider Organisationen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Haltung der Arbeitgeber, indem dieselben auf ihrem alten Standpunkt die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu reduzieren, bestehen, und dazu die gegenwärtige Arbeitslosigkeit auszunützen versuchen. Die Versammlung spricht den ausgesperrten Stukturateuren ihre volle Sympathie aus. Zugleich verpflichten sich die Büzner, dort, wo die Stukturateure bisher von Bildhauern bestimmt ausgeführt wurden, die Weitbarkeit während der Aussperrung zurückzuweisen.“ — Die Stukturateure versprachen in einem ihnen aufgedrungenen Kampfe auszuhalten.

Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachmagazins. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabend für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Unsere Winteragitation auf dem Eichsfelde. Nach langer Pause fand auch auf dem Eichsfelde wieder eine größere Agitationstage statt. Versammlungen wurden abgehalten durch Kollegen Bumbrock in Nefelsteden, Seeburg, Günterode, Elingrade, Breitenberg, Münsterode, Steinbach, Westhausen, Deuna, Beuern, Kirchrode, Kalmrode, Dingelstädt und Kreuzberg. Kollege Schneider sprach in Nossenhausen, Nesselroden, Krebeck, Niedershausen, Nuhmspringe, Hilferode, Brockhausen, Bodelagen, Lüderode, Bischoffenrode, Bremke, Hülpstadt, Bevertstadt, Beuungen, Feistungen und Döfingrode. In Gieboldehausen, Berndrode, Niederorichel, Berndrode, Worbis, Dingelstädt, Jelsa, Elmendorf sprach Kollege Küttgen (Tektilarbeiter). Die Versammlungen in Rühlingen, Bernd und Neuendorf mussten wegen Erkrankung des Kollegens Bumbrock ausfallen, ebenso waren in Neustadt und Gerblingerode keine Versammlungen vorbereitet. Die Versammlungen waren durchgehend gut besucht, in einigen Versammlungen waren auch die Frauen erschienen. Einzelne Orte ließen im Besuch zu wünschen übrig. In einem Orte stritt man sich um das Bofal, die eine Partei wollte die Versammlung bei diesem, die andere bei jenem Wirt haben. Unsere Kollegen sollten doch einsehen, daß diese Personenpolitik nur einen Zugute kommt, der Allgemeinheit aber schadet. An anderen Orten waren Hochzeiten, welche den Besuch beeinflussten. Im allgemeinen war überall Begeisterung für unsere Sache vorhanden. Überall wurden Winterzahlstellen gegründet, einzeln auch Verwaltungsstellen. In vielen Orten fühlte man beobachten, daß die Kollegen sich in den Wintermonaten, zu Hause, wenig um ihre Organisation kümmern. Die Kollegen wissen nicht, ob im Dorfe organisiert ist, und wie die einzelnen organisiert sind. Dennoch war auch in diesen Orten die Hausagitation gar nicht oder ungern durchgeführt. In den Orten, wo schon Winterzahlstellen bestanden, ist besser gearbeitet worden. Die Dingelstädter Kollegen haben die Agitation in den umliegenden Orten betrieben und dadurch 70 Kollegen neugewonnen. Waren an den Orten so gearbeitet worden, so wären einige Hundert Kollegen neugewonnen. Durch die Krise waren eine Reihe von Kollegen im Sommer in der Heimat in Arbeit gewesen und hatten der Organisation den Rücken gelehrt. Durch die Versammlungen wurde aber ein großer Teil wieder gewonnen. Auch Übertritte von freien Gewerkschaftler und Facharbeiter sind zu verzeichnen. Diese beiden Richtungen gehen auf dem Eichsfelde immer mehr zurück. Genossen sind noch in den einzelnen Orten, meistens aber nur vereinzelt zu finden. „Sitz Berlin“ findet wohl noch neue Arbeitervereine, hat darin aber alles, was keine gewerblichen Arbeiter. Den meisten seiner Mitglieder gehen die Unterstützungen etwas in die Augen. Facharbeiterungen auf dieselben weniger. Auf dem Kalibergwerken findet man auch Anlässe von den „reichen“ Gelsen. Möglicherweise erfreuen sich mehr der Kalibergarbeiter annehmen, denn er findet in der ganzen Provinz Hannover noch ein großes Arbeitsfeld. In den Versammlungen meldeten sich die Gegner weniger. In Dingelstädt waren einige „Genossen“ aus Gera und Mühlhausen erschienen. Diese verjüngten den Arbeiterklasse zu machen, daß man ein guter Katholik und doch einer Gewerkschaftler sein könne. Alte Mädeln, wie die Freien Kämpfer, die Interessen der Arbeiter usw. wurden von ihnen vorgebracht. Sie wurden von den Kollegen klügten und Bumbrock gut abgesetzt. „Sitz Berlin“ hatte zu keiner Verantwortung gestellt. In Hülpstadt verluden einige Kollegen für dieselben eine Lanze zu brechen. In Deuna klärte sich ein Vorstandsmittel des „Berliner“ Arbeitervereins mit dem Referate des Kollegen Bumbrock einverstanden. Er betonte vor allem, daß die Ausführungen betreffs des Kreises zutreffend seien. Ohne den Streit könnten die Arbeiter nichts erreichen. Der Friede müßte zwischen den christlichen Gewerkschaften und den Arbeitervereinen (Berliner) unbedingt

gefördert werden. Technische Stimmen wurden in mehreren Orten laut. Wir sind der Ansicht, die führenden Kreise der „Berliner“ sollten sich diesen Ansichten ihrer Mitglieder anschließen. Alles in allem genommen, haben die Versammlungen unserer Sache auf dem Eichsfelde gedient. Nicht nur die Arbeiter haben wir mehr gewonnen, sondern auch die Vorurteile in den Kreisen der Landwirte und Bürger sind mehr beseitigt. Mögen unsere Kollegen nun die erhaltenen Anweisungen richtig befolgen, vor allem für den Ausbau der Winterzahlstellen sorgen, dann können wir bald sagen, die Arbeiter des Eichsfeldes gehören sämtlichen den christlichen Gewerkschaften an.

Kummerer.

Nürnberg. Unsere Generalversammlung am 23. Januar erfreute sich eines guten Besuches. Nachdem der Vorsitzende Kollege Helm in einem Rückblick auf die Arbeiten des abgelaufenen Geschäftsjahrs die wichtigsten Begebenheiten kurz geschildert hatte, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt bzw. wiedergewählt: als erster Vorsitzender Karl Helm, als zweiter Andreas Kalla; als erster Kassierer Johann Werres, als zweiter Christian Kalla; als erster Schriftführer Leonhard Schröder, als zweiter J. Lamotte. Des Ferneren wurden gewählt: als Verwaltungsstellendelegierter Bernhard Jaspers, als Kartelldelegierte J. Tucholsky und J. Wanotte. Sämtliche Kollegen vertraten, nach besten Kräften den von ihnen übernommenen Posten auszufüllen. Da unser Tarif ab 1. Januar d. J. eine Lohnaufzehrung von 2 Pf. (von 60 auf 62 Pf.) vorstellt, ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, überall darauf zu achten, daß dieses eingehalten würde. Von Neubau der Südbrücke wurde gemeldet, daß dort die Aufzehrung bis jetzt noch nicht erfolgt sei. Die dort arbeitenden Kollegen hätten vereinbart, dieserhalb eine Platzbesprechung anzuberaumen. Des Weiteren wurde über die am nächsten Tage stattfindende Arbeitslosenzählung vom Kollegen Dag die nötige Auflösung gegeben. Der Vorsitzende erachtete sodann alle Kollegen, den Vorstand in den vorliegenden Arbeiten zu unterstützen, des Ferneren die Versammlungen regelmäßig zu besuchen und insbesondere zu Beginn der Saison eifrig in die Agitation einzutreten, damit die noch Fernstehenden für unseren Verband gewonnen würden. Hierauf schloß er die interessant verlaufene Versammlung.

Maurer.

Algermissen. Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt, wozu über die Hälfte der Kollegen erschienen waren. Auf der Tagesordnung stand: 1. Redningslegung über das vierte Quartal, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Verschiedenes. Als erster Vorsitzender wurde gewählt Heinrich Weiterer, als zweiter Karl Kuse; als erster Schriftführer Johannes Engelle, als zweiter Christian Gieke; als erster Kassierer Heinrich Engelle, als zweiter Joseph Bodenburg; als Revisoren Heinrich Seegers und Heinrich Wiedens; als Kartelldelegierte Franz Bujche; als Stellvertreter Karl Kuse. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde der Antrag gestellt, beim Sterbefall eines Kollegen oder dessen Frau einen Kranz zu spenden. Der Antrag wurde angenommen. Nachdem dann noch verschiedene Fragen behandelt und geklärt worden waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der ernsten Mahnung, auch in diesem Jahre eifrig an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten.

Danzig. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 27. Januar mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Nach Eröffnung der Versammlung brachte der Vorsitzende aus Anlaß der Geburtstagsfeier Seiner Majestät des Deutschen Kaisers ein dreifaches Hoch aus, in welches die Versammlung begeistert einstimmte. Den Jahresbericht erstattete der Schriftführer. Es haben im Jahre 1908 27 Versammlungen und 33 Vorstandssitzungen stattgefunden. Zu demselben referierten die Kollegen Müller, Beuster, Schöneläß sowie Kollege Evert über Arbeiter-Berichterstattung, Ausbau der christlichen Gewerkschaften, Lohnbewegung, Tarifverträge, Ereignisse im Baugewerbe, Geldfrise auf dem Weltmarkt, Fortschritte der christlichen Gewerkschaften und deren Vermögen. In den übrigen Versammlungen wurden die örtlichen Missstände auf den Bauten sowie die Berichte von den Konferenzen in Bromberg und Dirichau behandelt. Den Jahresbericht der Kasse und des Mitgliederstandes erstattete Kollege Kromski, welcher wie folgt lautete: Die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre hat sich nicht wesentlich geändert, da die Neuaufnahmen den Abgang deckten. Darum ist kein Rückgang zu verzeichnen. Die Einnahmen der Verwaltungsstelle betrugen aus verlaufenen 31 Eintrittsmarken zu 50 Pf., 2559 Beitragsmarken zu 50 Pf., 507 Beitragsmarken zu 30 Pf., 539 Arbeitslosenmarken zu 25 Pf., 27 Extramarke zu 50 Pf., 8 Extramarke zu 30 Pf. und sonstigem die Summe von 1611,40 Pf. Die Ausgaben derselben betrugen 469,23 Pf. Dithin sind abgeliefert 1142,17 Pf. Die Einnahmen der Losalkasse betrugen aus dem Verkauf von 1167 Losalkarten zu 10 Pf., aus dem Anteil für die Losalkasse, dem Bestand vom vorigen Jahre und Sonstigen 551,21 Pf. Ausgaben der Losalkasse betrugen: 124,52 Pf. Dithin Bestand am 1. Januar 1909: 126,69 Pf. Dem Kassierer wurde Nachfrage erteilt. Der Punkt Vorstandswahl wurde mit Ausnahme einiger Neuwahlen bald erledigt, da der alte Vorstand mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde. Der Vorstand, sowie sämtliche Kollegen, die ein Amt übernommen, verpflichteten sich, dasselbe treu und gewissenhaft auszufüllen. Im Verschiedenen gab der Vorstand Bericht über die am Sonntag, den 24. Januar 09, tagende Bezirkskonferenz des Ortskantons Danzig. Es waren 25 Zahlstellen durch Delegierte vertreten, mit einer Mitgliederzahl von 2300. Mit demselben Tage haben sich die verschiedenen Ortsgruppen dem neugegründeten Bezirkstafell angegeschlossen. Der Karteilbeitrag für die Ortsgruppen bzw. Zahlstellen ist pro Mitglied und Jahr auf 40 Pf. festgelegt. Zum Schlusse hielt unser Bezirksleiter Kollege Müller einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit unserer Zahlstelle im vergangenen Jahre, die auch seine Person öfters zu Rate ziehen mußte, da Bausperren, Wohnungsnot und Terroranschläge auch hier an der Tagesordnung standen. Er erwähnte auch die Vorstandsmitglieder zur eifigen Betätigung und kräftigen Mitarbeit an dem Ausbau der christlichen Gewerkschaften. Mit einem begeisterten Hoch auf die christlichen Gewerkschaften wurde die gut besuchte Generalversammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

Hagen i. W. (Fahrerbericht.) Das Jahr 1908 kann zwar nicht als sehr erfolgreich, wohl aber als sehr arbeitsreich für unsere in der Agitation stehenden Kollegen bezeichnet werden. Auf die Gewinnung neuer Mitglieder konnte im ersten Halbjahr nicht viel Zeit verwandt werden, da die Wohnbewegung in dieser Zeit recht viele Anforderungen an uns stellte. Die Tarifverhandlungen nahmen viele Tage in Anspruch; durch dieselben wurden wieder eine ganze Reihe von Versammlungen notwendig, in denen Bericht erstattet werden mußte, über den Gang der Verhandlungen und dergl. mehr. Hatten wir nun schon vorher im hiesigen Gebiet mit der Einführung des Tarifvertrages sehr große Schwierigkeiten, so nach dem Abschluß des jetzigen Vertrages erst recht. Wenn auch die Unternehmer bei den Verhandlungen aus allen Orten unserer Verwaltungsstelle recht eifrig mitgearbeitet hatten, so war doch ein sehr großer Teil derselben nachher nicht bereit, den Vertrag auch durchzuführen, ja, bis auf den heutigen Tag können sich die Unternehmer von Gospe, Gevelsberg, Hohenlimburg, Menden usw. noch nicht dazu bequemen, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Schlichtungskommissionssitzungen mußten eine ganze Anzahl abgehalten werden. Maßregelungen unserer Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute wurden in großer Zahl von den Unternehmern vorgenommen, letztere sind gut von uns registriert. Durch das lange Hinziehen der Wohnbewegung sowie durch die Konjunktur, die in dieser Zeit die deutbar schlechter war, blieb ein großer Teil unserer früheren Kollegen in ihrer Heimat. Statt

dessen nisteten sich allerhand recht unsaubere Elemente hier ein, weswegen nachher unsere Kollegen nicht untergebracht werden konnten. Außer der Agitation litten die ganzen Organisationen bestrebungen unter dem Druck der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Trotzdem wurde in einigen Zahlstellen tüchtiges geleistet, was volle Anerkennung verdient. — Die Mitgliederbewegung war folgendermaßen. Der durchschnittliche Mitgliederbestand im ersten Quartal betrug: 453, im zweiten: 562, im dritten: 643, im vierten: 479. Aufgenommen wurden im Berichtsjahr 263; übergetreten sind aus anderen Organisationen 32. — Die Vorschriften gestalteten sich im allgemeinen etwas ungünstiger wie im vorigen Jahre, und zwar sind die Einnahmen für die Bausparfülle zurückgegangen, dagegen sind die Einnahmen der Losalkasse dieselben geblieben. Darüber wird in nächster Zeit in der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Bericht gegeben werden. Die Tätigkeit des Verwaltungsstellenbeamten gestaltete sich folgendermaßen: Versammlungen wurden besucht 227, Vorstandssitzungen und Kartellsitzungen 129, Versammlungen in anderen Berufen und allgemeine öffentliche 86, Lohnkommissionen und Schlichtungskommissionssitzungen 32. Angefertigt wurden 28 Gewerbeberichte mit einer Gesamtförderung von 622,78 Pf. Zwei davon mußten zurückgezogen werden, da die Angaben nicht der Wahrheit entsprachen. Die Mehrzahl dieser Klagen wurden durch unsere Beamten vertreten, und wurde eine Gesamtsumme von 580,15 Pf. gewonnen. Leider traten die Beiträge nicht immer zeitig ein. Trotz der rechtstaatlichen Urteile wurden die Kollegen um ihren wohlverdienten Lohn betrogen, da die betreffenden Unternehmer sich darauf „eingesetzt“ hatten. Auf diese Weise gingen den Kollegen in unserer Verwaltungsstelle 258 Pf. verloren. An Steuererklamationen wurden eine große Anzahl angezeigt, außerdem eine Reihe sonstiger Klagen und Schriftsätze. Unter diesen Beschwerden an die Baupolizeibehörden und Betriebsgenossenschaften. Trotzdem wir so ziemlich im ganzen Bezirk gute Polizeiverordnungen betreffend Bauarbeiterrecht haben, so steht es doch mit der Durchführung derselben sehr läufig aus. In einzelnen Orten sind zur Ausübung der Baupolizeikontrolle Leute angestellt (vielleicht sogar mit dem Titel Baupolizeikommissar), denen jedoch die elementarsten Begriffe vom Baugewerbe fehlen. Es ist schon vorgesehen, daß die Behörden auf uns Beschwerde hin sich bei dem Unternehmer schriftlich austun, holten, statt sich auf Orte und Stellen von den Missständen zu überzeugen, es war dann selbstverständlich alles in besserer Ordnung, und wir erhalten dementsprechende Antwort. Der schriftliche Verkehr gestaltete sich sehr lebhaft. Über das Verhältnis der Kollegen unter sich und mit den Vorständen wäre zu sagen, daß dasselbe im allgemeinen ein gutes war, allerdings fehlte es auch nicht an solchen, die den anderen die Mitarbeit verweigerten. Des Weiteren müssen in den einzelnen Zahlstellen die Vorstände darauf verlegen, daß plausiblere Arbeit gemacht wird. Das Verhältnis mit den gegnerischen Organisationen ist im allgemeinen ein gutes zu nennen, abgesehen von einigen recht plumpen Anrempelungen. Es ist vielleicht dieses Verhältnis darauf zurückzuführen, daß die Gegner in unserem Gebiete nicht sehr stark sind, dann aber auch an inneren Schwierigkeiten sehr zu leiden haben, und sich infolgedessen mit uns nicht beschäftigen können. Wenn wir das vergangene Jahr kurz übersehen, so finden wir, daß wir trotz der Tarifbewegung und trotz der wirtschaftlichen Krise mit unseren Erfolgen zufrieden sein können. Hoffen wir deshalb, daß im neuen Jahre der Geist des Optimismus bei unseren Kollegen erhalten bleibt, und daß die wirtschaftliche Krise bald überwunden, damit durch neue Arbeitsgelegenheit auch wieder neuer Geist sowie neues Leben in unsere Organisationen verhältnisse einziehen möge. Zum Schluß machen wir noch die Kollegen in der Heimat auf unseren Berichtsnachweis aufmerksam. Da wir bei demselben veränderte Neuerungen eingeführt haben, wird es uns zum Frühjahr möglich sein, recht vielen Kollegen Arbeit zu verschaffen. — In Fehrenbach befindet sich derselbe beim Kollegen Aug. Eh., Karrenstr. 9 II; in Bielefeld bei Karl Kessler, Knapperstr. 57 I; für alle anderen Zahlstellen befindet sich der Arbeitsnachweis auf dem Sekretariat in Hagen i. W., Eberfelder Str. 871 (Eingang Bergstr.).

König. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am Sonntag, den 31. Januar, ihre erste diesjährige Delegiertenversammlung ab. Keinen Delegierten entsandt hatten die Zahlstellen: Wilhelm (Rhein), Schlebusch, Porz-Urbach, Hörlitz, Gymnich, Hücheln-Buschwill, Weiden, Bocklemund-Rousheim, sowie die Sektionen der Zementarbeiter und Elektroarbeiter. Der Vorsitzende, Vertrauensmann J. Becker gab den Geschäftsbericht vom vergangenen Jahre. Saut Bericht des Vorstandes soll der Geschäfts- und Kassenbericht den Mitgliedern gedruckt zugeschickt werden. Ein geleiteter wird jenseitig mit einer kurzen Befreiung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Berichtsjahr. Dann folgen die Ergebnisse der stattgefundenen Wohnbewegungen. Von besonderer Bedeutung für die Tarifgestaltung im Baugewerbe sei die allgemeine Wohnbewegung im Hochbaugewerbe gewesen. Von welcher erheblicher Wichtigkeit die gewerblichen Organisationen selbst in Beeten wo das wirtschaftliche Leben in seinem Grundsatz erfüllter wird, ist, habe so recht der Tarifabschluß bei dieser Wohnbewegung bewiesen. Nicht nur konnte der in den guten Geschäftsjahren ertragene Lohn neuerdings tarifisch festgelegt werden, sondern es gelang noch in einer Anzahl Gebiete und Orte Wohnaufzehrungen durchzuführen. Über die Bautätigkeit sagt der Bericht, daß 1908 ein außergewöhnlich schlechtes Baujahr gewesen sei. Die Krise habe ganz besonders auf das hiesige Baugewerbe eingewirkt. So seien nach dem dritten Quartalsbericht des statistischen Amtes in Köln und Vororte 88 Wohnhäuser errichtet worden, gegen 218 des Vorjahrs. Dazu macht sich 1907 schon die Flanke im Baugewerbe bemerkbar. Die in Angriff genommenen öffentlichen Bauten bleibten in etwas noch das Gesamtbild in Wilhelmsburg und Kalk waren es die Bahnhofsumbauten. Die Privatbautätigkeit lag hier fast völlig brach. Ebenso in Opladen, Leichlingen und Porz-Urbach. Eine erfreuliche Ausnahme macht Biedendorf. Hier herrschte reges Leben im Gewerbe. In Schlebusch und B. Gladbach ging es noch einigermaßen. In Brühl-Hürth-Hermülheim sowie im ganzen Braunkohlengebiet gibt diese Industrie dem Ganzen das Gepräge. In den letzten Jahren herrschte hier rege Bautätigkeit, jedoch im Berichtsjahr lastete wie ein Alp auch hier die Krise auf den fortwährenden Entwicklung. — Sodann stuzziert der Bericht den Verlauf der örtlichen Wohnbewegungen und Tarifabschlüsse. So die Tarifneuerung der Bimmerfeier am 1. Januar des Berichtsjahrs. Eine Lohnverhöhung von 2 Pf. die Stunde ab 1. Januar 1909 und weitere 3 Pf. im Jahre 1910 sehe der Tarif vor. Beinahe zum Scheitern brachte den Tarif ein Pessum, wonach die Bimmerfeier in den Baugewerben und diejenigen, welche für auswärtige Firmen Arbeiten ausführen, 10 Pf. mehr Stundenlohn fordern sollen, als im Tarif vorgesehen. Erst nachdem der Obermeister der Bimmerfeier Tarifverhandlung wiederholte erläutert hatte, daß die Führung bereit sei, die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten zu beseitigen, wurde der Tarif seitens unserer Kollegen angenommen. — Des Weiteren kommen beim neuen Tarifabschluß im Dachdecker- und Bauleitungsgewerbe immerhin einige Vorteile für die Kollegen errungen werden. So steigt der Mindestlohn am 1. April d. J. von 57 auf 60 Pf. und bis zu 65 Pf. ab 1. April nächsten Jahres. — Der Streit um die B. Gladbach zeigt, daß selbst in Beeten wirtschaftlicher Krise durch Kampf erhebliche Vorteile errungen werden können. Ist doch infolge des hier getätigten Tarifabschlusses für Maurer und Bauplatzbarbeiter eine durchschnittliche Wohnaufzehrung von 3–5 Pf. im vergangenen und von 2 Pf. in diesem Jahre den dortigen Kollegen zuteil geworden. — Die Plattenleger müssen einen hartnäckigen, zehn Wochen andauernden Kampf führen,

